

AKTUELL

GOOGLE-POLITIK

Alle für das Data Center?

Raymond Klein

Der Mouvement kämpft weiter vor Gericht gegen das Google-Projekt. Doch politisch scheint er auf verlorenem Posten zu stehen.

„Es ist klar, dass ein größeres Data Center einen Impakt auf den Ressourcenverbrauch hat“, hielt Xavier Bettel in seiner Rede zur Lage der Nation am 8. Oktober fest. „Ich verstehe, dass das Fragen hervorruft, die beantwortet werden müssen. Und das wird auch geschehen.“ Die schönen Worte des Premierministers dürften den Mouvement écologique wenig trösten: Anfang September genehmigte Innenministerin Taina Bofferdin (LSAP) die Umklassierung des von Google gekauften Areals in Bissen in eine „zone spéciale Data Center“. Der von der NGO eingereichte Einspruch wurde mit einem „recevable en la forme, mais non fondée“ als „unbegründet“ abgeschmettert.

Gegen diese Genehmigung wird der Mouvement einen Rekurs einreichen, das kündigt er in einem communiqué an. Er wirft dem Ministerium vor, sich „nicht einmal ansatzweise“ die Mühe zu machen, die juristischen Argumente gegen das Projekt zu widerlegen. Zwar werde in Bezug auf den Wasserverbrauch auf diverse Bezugsquellen verwiesen. „Das grundsätzliche Problem, inwiefern der voraussichtlich sehr hohe Verbrauch von Google die Problematik der [nationalen] Wasserversorgung nicht noch verschärfen würde, wird jedoch nicht angesprochen“, bemängelt die NGO. In ihren Augen stellt „das Fehlen von wesentlichen Informationen“ bei der Genehmigungsprozedur eine „gravierende Zuwiderhandlung gegen die gesetzlichen Bestimmungen“ dar.

Grüner Strom, grünes Wasser?

Der Mouvement setzt darauf, mit juristischen Argumenten das Projekt zu verhindern, denn auf politischer Ebene hat sich das Kräfteverhältnis zu seinen Ungunsten verschoben. Was Bettel in seiner Rede sagte, hätte auch von Étienne Schneider kommen können: Das Projekt schaffe Arbeitsplätze und wirke sich positiv auf den IT-Sektor aus, ganz im Sinne der Rifkin-Strategie. Doch über die DP und die LSAP hinaus stellt auch die grüne Partei sich Google nicht entgegen, wie der Premi-

erminister gleich darauf klarmachte: „Die Regierung ist dem Projekt gegenüber also positiv eingestellt, weil es zu uns passt.“

In der Tat ließ Energieminister Claude Turmes während der Debatte zur Lage der Nation durchblicken, dass der – von vielen als klimaschädlich kritisierte – Energieverbrauch des geplanten Data Centers nicht unbedingt ein Problem darstelle. Die Grünen scheinen sich also nicht dem Argument zu verschließen, dass die entsprechenden Datenkapazitäten in Europa sowieso benötigt werden, dass es also weniger darum geht, ob sich Google in Bissen oder anderswo ansiedelt, sondern darum, den Energie- und Ressourcenverbrauch möglichst effizient zu gestalten. Der Konzern achtet jedenfalls auf sein Umwelt-Image – er ist einer der ganz großen Abnehmer für Strom aus erneuerbaren Energien.

WIKIMEDIA/THE PANCAKE OF HEAVEN/CC BY-SA 4.0



Logo mit allen politischen Farben. Google-Zentrale in San Jose.

Als einziger gewichtiger Partner für den Mouvement bleibt nur noch die CSV. Die Mischung von ökologischen Argumenten, grün eingefärbtem Konservatismus und banalem Oppositionspopulismus, mit der Martine Hansen das Google-Projekt attackiert, reicht, um die Regierung zu immer neuen Erklärungen zu veranlassen. Allerdings legt die CSV bei diesem Thema, wie bei vielen anderen, keine klare Alternative zur Regierungspolitik vor. Innerhalb der – traditionell sehr wirtschaftsfreundlichen – Partei dürften die Meinungen zu Google auseinandergehen. Aufgrund der Divergenzen mit der Parteizentrale in dieser Frage ist der Bissener Bürgermeister Jos Schummer zuerst aus der CSV ausgetreten und hat dann sein Amt niedergelegt. Sein Nachfolger wurde David Viaggi von „Är Leit“. Diese Liste hatte sich beim Votum über die Umklassierung enthalten, wollte sie also nicht blockieren. Natürlich, denn sie steht einer Regierungspartei nahe: der LSAP!

SHORT NEWS

Toxische Stummel

(is) – Der Abgeordnete Marc Goergen (Piraten) hakte in einer parlamentarischen Anfrage an die Umweltministerin Carole Dieschbourg (déi Gréng) nach, was die Regierung gegen die Umweltverschmutzung durch Zigarettenstummel unternehme. Neben Sensibilisierungskampagnen gegen Littering sieht das Umweltministerium zwei konkrete Maßnahmen vor. Zum einen werden Zigarettenstummel als gefährlicher Abfall klassifiziert, was besondere Abfallverordnungen mit sich bringt. Zum anderen will das Ministerium bis 2023 ein Verantwortungssystem für Produzent*innen von Tabakwaren mit Filtern aufbauen. Die Produzent*innen sollen dann für die Säuberung, die Entsorgung der Stummel und das Aufstellen von Sammelbehältern im öffentlichen Raum aufkommen. Weitere Verpflichtungen seien denkbar, schreibt Dieschbourg. In Luxemburg wurden letztes Jahr drei Milliarden Zigaretten verkauft, wovon lediglich 20 Prozent in Luxemburg verglühten. Hierzulande fallen jährlich rund 132 Tonnen Zigarettenstummel an, schätzungsweise werden bis zu zwei Drittel davon „gelittert“. Bei ihrer Zersetzung, die bis zu fünf Jahre dauern kann, gelangen umweltschädliche Substanzen in Natur und Ernährungskette.

Jugend so politisch wie schon lange nicht

(ja) – Seit 1953 gibt der Mineralölkonzern Shell in Deutschland alle paar Jahre eine Jugendstudie in Auftrag, die schlicht als „Shell Jugendstudie“ bekannt ist. Obwohl sie von einem Konzern in Auftrag gegeben wird, wird sie von unabhängigen Wissenschaftler*innen erstellt und hat sich zu einem Standardwerk der Sozialforschung entwickelt. Diese Woche ist die Ausgabe 2019 erschienen, in der vor allem festgestellt wird, dass deutsche Jugendliche wieder politischer werden und ihnen politisches Engagement immer wichtiger wird. Wenig überraschend stellten die Forscher*innen ein erhöhtes Interesse für Klima- und Umweltfragen fest. Umweltzerstörung, Terroranschläge und die Klimakrise sind die drei größten Ängste der Jugendlichen, eine knappe Mehrheit blickt dennoch optimistisch in die Zukunft. Obwohl 39 Prozent der Befragten „welttoffen orientiert“ sind, stoßen bestimmte populistische (und rassistische) Aussagen bei einer Mehrzahl an Jugendlichen auf Zustimmung. In der Freizeit konsumieren die Befragten vor allem Medien, die beliebtesten Hobbys sind: Musik hören, Freund*innen treffen und im Internet surfen. Klassische Medien wie TV und Radio werden dabei zunehmend von Streamingdiensten verdrängt.

online

Queer, Budapest und das Budget

En plus de notre édition hebdomadaire sur papier, nous publions régulièrement des articles sur woxx.lu. Par exemple: Neben der Printausgabe publizieren wir regelmäßig neue Artikel auf woxx.lu, hier einige Highlights dieser Woche:

#QueerSuperPower Die Ausstellung #QueerSuperPower illustriert die Härte von Rassismus und Queerfeindlichkeit. Die Künstlerin Estelle Prudent gibt schwarzen, queeren Menschen in Frankreich eine Stimme. woxx.eu/queersuperpower

En Hongrie, Orbán perd des plumes aux municipales face à l'opposition unie Coalisée pour la première fois des socialistes aux souverainistes du Jobbik, l'opposition a conquis Budapest et dix villes de droit comital aux élections locales du 13 octobre. L'exécutif Fidesz encaisse le choc. woxx.eu/budapest

Europäische Investitionsbank: Umwelt-NGOs beklagen Rückschritte bei der Investitionspolitik Über 70 Umweltorganisationen prangern Schlupflöcher für die Finanzierung fossiler Energieprojekte in dem überarbeiteten Entwurf der Investitionsleitlinien der Bank an. woxx.eu/eib

Budget 2020 : un vœu (partiellement) exaucé Le budget 2020 vient donc de tomber et la ministre de la Culture, Sam Tanson, s'est déjà mise en avant sur Twitter pour proclamer une bonne nouvelle : la TVA pour artiste sera enfin adaptée, voire super-réduite. woxx.eu/budget